

China Volkskongress

Chinas Regierungschef Wen Jiabao hat vor den 3000 Delegierten des Volkskongresses ein ehrgeiziges Ziel verkündet: Trotz der Wirtschaftskrise sollen in diesem Jahr acht Prozent Wachstum erreicht werden.



Rund 3000 Delegierte sind die beeindruckende Kulisse in der Großen Halle des Volkes. Sie sollen beim Volkskongress vor allem Einigkeit vermitteln. Dabei haben sie eigentlich nichts zu sagen. Den Kurs gibt die kommunistische Staatsführung vor. Foto: Oliver Weiken/dpa



Jutta Limbach, frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und des Goethe-Instituts. Archivfoto: dpa

„Wir müssen unsere Sprache pflegen“

In der Europäischen Union sprechen rund 83 Millionen Menschen Deutsch als Muttersprache. Und dennoch spielt es im Brüsseler Alltag kaum eine Rolle.

Jutta Limbach, ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und des Goethe-Instituts, warb in der EU-Hauptstadt für einen selbstbewussteren Umgang mit der deutschen Sprache. Mit Jutta Limbach sprach unsere Korrespondentin Katrin Teschner.

Der EU gehen die deutschsprachigen Dolmetscher aus, auf den Fluren der Institutionen wird meist nur Englisch geredet – muss uns um die Zukunft des Deutschen bange sein?

Deutsch hat neben Englisch und Französisch eine privilegierte Stellung in der EU, weil es zu den internen Arbeitssprachen zählt. Doch wir müssen von diesem Privileg auch Gebrauch machen. Allzu leicht weichen deutsche Diplomaten, Politiker oder Beamte in Verhandlungen aufs Englische aus, auch wenn Dolmetscher zur Stelle sind.

Franzosen haben ein viel selbstbewussteres Verhältnis zu ihrer Sprache. Warum tun wir uns so schwer?

Wir lieben unsere Sprache, aber wir haben nicht den schönen Stolz der Franzosen. Was unsere Nachbarn dürfen, nämlich „La Grande Nation“ spielen, steht uns wegen unserer Vergangenheit nicht gut an. Gleichwohl ist es legitim, das Lehren der deutschen Sprache zu einem vorrangigen Ziel der auswärtigen Kultur- und Bildungsarbeit zu machen.

Warum ist es so wichtig, das Deutsche in der EU zu stärken, wenn doch alle gut mit Englisch zurechtkommen?

Jeder Beruf, der als Arbeitssprache exklusiv Englisch spricht und schreibt, trägt zum Verkümmern der jeweiligen Muttersprache bei. Wenn etwa in wichtigen Tätigkeitsfeldern Englisch ausschließlich benutzt wird, dann sinken alle anderen Sprachen zu einer Provinzsprache ab, die mangels einer fortgebildeten Terminologie modernen Ansprüchen nicht mehr genügen kann.

Was raten Sie zu tun?

Wir müssen unsere Sprache pflegen. Die Europäer müssen in jeder Veranstaltung darauf bestehen, dass Simultandolmetscher in andere Sprachen übersetzen. Gleichzeitig müssen wir auch die Mehrsprachigkeit fördern. Deutschland ist mit seinen 14 Sprachnachbarn ein Transit- und Austauschgebiet par excellence.

STICHWORT

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut fördert als weltweit tätiges Kulturinstitut der Bundesrepublik die deutsche Sprache im Ausland und pflegt die kulturelle Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Derzeit vermitteln 147 Goethe-Institute in 83 Ländern Kultur, Sprache und Informationen über Deutschland. Dazu kommen 13 Institute in der Bundesrepublik. dpa

Revolution auf die chinesische Art: Wer hinten saß, durfte nach vorn

Die Sitzordnung beim Volkskongress wurde geändert – Chinas Führung setzt auf Wirtschaftswachstum

Von unserem Korrespondenten Marcel Grzanna, Peking

Die Revolution hat in China Tradition. 1911 stürzte die kaiserliche Qing-Dynastie, 1949 rief Mao Zedong nach Langem Marsch und Bürgerkrieg die Volksrepublik aus, und ab 1966 tarnte Mao seinen Drang zum Machterhalt als kulturelle Revolution, indem er das Bürgertum von Halbwüchsigern niedermetzeln ließ.

2009 bringt wieder etwas nahezu Revolutionäres. Die Sitzordnung beim Nationalen Volkskongress in der Großen Halle des Volkes, der am Donnerstag begonnen hatte, ist im Vergleich zum Vorjahr komplett auf den Kopf gestellt worden.

„Wir haben auf Beschwerden reagiert, dass einige Delegierte von den hinteren Plätzen nicht viel sehen und dort auch nicht richtig wahrgenommen würden“, sagte Zhao Qizheng, der Vorsitzende des Komitees für auswärtige Angelegenheiten bei der Eröffnungs-Pressekonferenz des Kongresses. Diejenigen, die 2008 hinten saßen, dürfen vorn sitzen.

Erfahrungsgemäß haben die Hinterbänkler ihren Einfluss im höchsten politischen Organ der Volksre-

publik damit bereits erschöpft. Die allermeisten der rund 3000 Delegierten bilden nicht mehr als die Kulisse für das Staatstheater, das alljährlich Demokratie aufführt, wenn die Verfassung des Riesenreichs an wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen angepasst wird. Die Führung der Kommunistischen Partei bestimmt, wo es langgeht. Niemand sonst.

Delegierte müssen dennoch nicht zwingend Mitglied der KP sein. Im Gegenteil. Sie dürfen sogar Mitglied in einer der acht demokratischen Parteien des politischen Spektrums sein.

Dazu gehören zum Beispiel die Chinesische Demokratische Partei oder die Chinesische Gesellschaft für den Demokratischen Nationalen Aufbau. Diese Parteien können Vorschläge einreichen, die vom Kongress diskutiert und abgesegnet werden können. Oppositionspolitik im eigentlichen Sinne wagen sie jedoch nicht. Andernfalls landen ihre Vorsitzenden im Gefängnis.

Böse Zungen behaupten, die Delegierten aus dem ganzen Land seien nur gekommen, um im richtigen Augenblick den Arm zu heben für Fotos und Filmaufnahmen, die politische Einigkeit im riesigen Reich der Mitte dokumentieren sollen. Zumal Einigkeit nach außen sehr wichtig ist in den Zeiten der Wirtschaftskri-

se. Sie soll Stärke signalisieren und den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen. Denn die blanken Zahlen sind in der Tat zum Fürchten. 20 Millionen Wanderarbeiter haben im

vergangenen halben Jahr ihren Job verloren, die Unzufriedenheit wächst. Die Angst vor sozialen Unruhen und einer echten Revolution ist riesig im chinesischen Machtzentrum. Deshalb bastelt Vizepräsident Xi Jinping, der 2012 neuer Staats- und Parteichef werden soll, an geeigneten Gegenmaßnahmen. Xi leitet das „Projekt 6521“. 6 steht für 60 Jahre Volksrepublik, 5 für 50 Jahre Aufstand in Tibet, 2 für 20 Jahre Tiananmen-Massaker und 1 für zehn

Jahre Verbot der Falun-Gong-Bewegung.

Xi will den Kampf gegen soziale Unruhen zentralisieren. Unmittelbar nach Ausbruch von Protesten oder Krawallen, egal in welchem Winkel des Landes, soll Peking alarmiert werden, um von dort schnelle Entscheidungen zu treffen. In der Vergangenheit erwiesen sich lokale Behörden oftmals als überfordert.

Ob und wie schlimm es wirklich ist, draußen im Land, davon wollen viele einfache Bürger den Mitgliedern des Nationalen Volkskongresses gerne persönlich erzählen. Sie nehmen manchmal tagelange Anreisen nach Peking in Kauf, um sich Gehör zu verschaffen, das ihnen in der Heimat verwehrt bleibt. Sie sind häufig die Opfer korrupter Machenschaften in den Provinzen. Wenn sie nicht an die Delegierten herankommen, dann suchen sie in der Nähe der Großen Halle des Volkes nach Journalisten, denen sie ihre Geschichte erzählen wollen. Sie tragen Dokumente bei sich, die Ungerechtigkeiten belegen sollen.

Doch diese Informationen aus erster Hand erreichen die Delegierten praktisch nie, weil die Polizei das verhindert.

„Die meisten der rund 3000 Delegierten bilden nicht mehr als die Kulisse für das Staatstheater“

Tibet ist Symbol für Freiheitswillen

China setzt seine Truppen zum 50. Jahrestag des Aufstands der Tibeter in Alarmbereitschaft



Der Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter. Archivfoto: dpa

Das chinesische Militär will mögliche Proteste um den bevorstehenden 50. Jahrestag des Aufstandes der Tibeter gegen die Chinesen im Keim ersticken. Der Politikkommissar der Paramilitärischen Truppen in Tibet, Kang Jinzhong, sagte gestern laut „China Daily“, die Sicherheitskräfte seien wachsam.

Augenzeugen berichteten von massivem Militäraufmarsch. Internationale Tibet-Aktionsgruppen kritisierten, das Hochland stehe vor dem Jahrestag am kommenden Dienstag de facto unter Kriegsrecht. Der tibetische Regierungschef Qiangba Puncog rechnet mit möglichen kleineren Protesten, aber keiner Wiederholung der schweren Unruhen wie im vergangenen Jahr in Lhasa.

„Ich bin absolut überzeugt, dass die Lage in Tibet stabil ist“, sagte Qiangba Puncog am Rande der Tagung des Volkskongresses in Peking. Der chinesische Militärkommissar in Tibet nannte die Wahrung der sozialen Stabilität eine andauernde Aufgabe.

Die Unruhen vor einem Jahr hatten auch am Jahrestag des Aufstandes der Tibeter gegen die Chinesen am 10. März 1959 und der Flucht des Dalai Lama ins indische Exil be-

gonnen und sich auf andere tibetisch bewohnte Gebiete ausgedehnt.

Nach Ansicht der Direktorin der in London ansässigen Free Tibet Campaign, Stephanie Brigden, droht hingegen eine potenzielle Katastrophe. Nach Angaben der Organisation berichten Augenzeugen von der Stationierung paramilitärischer Polizei, Militärkonvois sowie mit Sandsäcken verbarrikadierten Straßenposten. Trotz des starken Sicherheitsaufgebots habe es einen spürbaren Anstieg von Protesten in Tibet gegeben. Ausländische Regierungen sollten ihr Schweigen brechen und intervenieren. dpa